
FDP Bad Vilbel

MEHR BÜRGERBETEILIGUNG ZUR NAMENSFINDUNG FÜR NEUES HEILSBERGER BÜRGERHAUS

04.02.2025

Heilsberger Ortsbeiräte der FDP und von Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern Bürgerbeteiligung zur Namensfindung für neues Heilsberger Bürgerhaus

In einem gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und dem Vertreter der FDP im Ortsbeirat Heilsberg, der in der Sitzung am vergangenen Donnerstag, dem 30. Januar 2025, zur Abstimmung stand, wird der Magistrat aufgefordert, die Heilsberger Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines geordneten, öffentlichen Verfahrens an der Namensgebung zu beteiligen. „Unser Antrag zielt darauf ab, den Heilsberger Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit zu geben, Ideen für die Namensgebung einzureichen“, teilen Myriam Gellner und Dr. Daniel Saam mit.

Das alte Bürgerhaus Heilsberg im Samlandweg trägt den Namen des Bad Vilbeler SPD-Politikers Georg Muth, der von 1955 bis 1968 Bürgermeister von Bad Vilbel war.

Laut aktuellem Koalitionsvertrag zwischen der Bad Vilbeler CDU und der SPD für die Legislaturperiode 2021 bis 2026 soll auch das neue Bürgerhaus den Namen des bisherigen Bürgerhauses tragen. Eine Beteiligung der Heilsberger Bürgerinnen und Bürger an der Namensfindung für ihr „Bürger“-Haus ist demnach nicht vorgesehen.

Dr. Daniel Saam (FDP Heilsberg) erklärt: „Mit unserem Antrag wollen wir den Heilsbergerinnen und Heilsbergern genau diese Möglichkeit einräumen und sie dadurch frühzeitig für ‚ihr‘ neues Bürgerhaus begeistern.“

Die GRÜNE Ortsbeirätin Monika Riewe ergänzt: „Wir glauben, dass eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger eine weit über die Namensfindung hinausgehende integrative Wirkung für den Stadtteil entfalten kann.“ Ihre Ortsbeiratskollegin Petra Schärpf führt weiter aus: „Eine Ehrung der Person Georg Muth könnte auch durch eine Gedenktafel mit

Foto des alten, langjährig genutzten Bürgerhauses im neuen Gebäude erfolgen. Aber es sollte die Möglichkeit bestehen, dass der Neubau an anderer Stelle dem bereits erfolgten Generationswechsel Rechnung trägt und zukünftigen Generationen eine Identifikation mit dem Gebäude ermöglicht.“

Der gemeinsame Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP wurde nach kontroverser Diskussion, auch unter Beteiligung anwesender Bürgerinnen und Bürger, in der Ortsbeiratssitzung am vergangenen Donnerstag schließlich mit den Stimmen von CDU und SPD abgelehnt.